

Was zu viel ist, ist zu viel!

Wir fordern einen Stopp des Windkraftausbaus in Mecklenburg-Vorpommern

OFFENER BRIEF Nr. 1 an Landesparlament, Kreistage, Landesregierung, Landräte, Parteien, Presse und vor allem an die interessierte Öffentlichkeit im Juni 2020

Eigentlich weiß man doch, dass immer dann, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint, die Erzeugung von elektrischem Strom mit Hilfe von Windrädern und Photovoltaik-Anlagen ins Stocken geraten muss.

Wenn wir einmal annehmen, dass die von uns gewählten Volksvertreter im Bund und im Land diesen Kenntnisstand besitzen, dann wirft ihr Verhalten Fragen auf.

Wie kommen sie zu dem Schluss, es sollten immer mehr Anlagen errichtet werden um dieses Problem zu meistern?

Wir denken, wenn sich ein Windrad nicht dreht, dann drehen sich auch tausende nicht. Vor allem dann nicht, wenn der Wind in ganz Europa und auch noch langfristig ausfällt. Die Photovoltaik-Anlagen liefern jede Nacht nichts, egal wie viele man installiert.

Aber da haben wir wohl zu geradlinig und zu kurz gedacht. Es gibt schließlich in unserer Gesellschaft für alles - na ja, für fast alles - eine technische Lösung. Hier heißt das Zauberwort: Stromspeicher. Es werden einfach - so lautet die Erzählung von Politikern - ganz viele Windräder aufgestellt, vorzugsweise in unserem relativ dünn besiedelten Land Mecklenburg-Vorpommern. Wenn dann mehr Strom erzeugt wird als augenblicklich benötigt, wird er gespeichert und erst bei Bedarf wieder hergegeben.

Na bitte, geht doch! - könnte man meinen. Nun leben wir aber in einem Land, das sich trotz aller Firmen-Auslagerungen immer noch als eine der führenden Industrienationen bezeichnen kann, das also eine Unmenge an elektrischer Energie zu jeder Tages- und Nachtzeit benötigt. Diese Energie muss in Sekundenbruchteilen exakt zur Verfügung stehen. Kann man denn diese riesige Menge einfach so aus Speichern abrufen? Diese Energie soll angeblich - so lautet die Erzählung weiterhin - aus ganz vielen Batterien strömen, die es nicht gibt, unter anderem aus den vielen Batterien der Elektroautos die es auch noch nicht gibt. Eine intelligente Steuerung (kann technisches Gerät intelligent sein?) soll dann dafür sorgen, dass Frau Meier ihre Kinder trotzdem am nächsten Morgen zur Kindertagesstätte bringen und sie selbst noch zur Arbeit und zurück fahren kann.

Sollte uns Skeptikern dies nicht genügen, dann schlagen viele Politiker und auch die ihnen nahestehenden Journalisten gerne das nächste Kapitel der Erzählung auf, das da heißt: Power-to-X.

Mit Hilfe der Elektrolyse von Wasser soll dabei atomarer Wasserstoff erzeugt, gespeichert oder mit Hilfe von CO₂ zu brennbarem Gas umgewandelt werden.

Der Umgang mit dem dann in riesigen Mengen benötigten Wasserstoff bedingt zwar eine sehr ambitionierte Technik, die es in dieser Größenordnung dafür auch noch nicht gibt und die zusätzlich überhaupt nicht ungefährlich ist - aber es soll ja kein Luftschiff damit betrieben werden.

Leider gibt es aber einige Haken bei dieser Geschichte. Die Speichermethoden sind allesamt nicht sehr effizient, genauer gesagt, der jeweilige Wirkungsgrad ist miserabel. Also müssten noch mehr Windräder und Solaranlagen hingestellt werden - die Ökonomie sollte man dabei allerdings besser außer Betracht lassen.

Dummerweise ist aber die zur Verfügung stehende Fläche sehr begrenzt. Diese Tatsache bleibt selbst dann bestehen, wenn zusätzlich noch die für den Artenschutz notwendigen Flächen für das Energiegewinnungsprojekt von der Industrie okkupiert und von staatlichen Stellen freigegeben werden. Man kann nur kurze Zeit „weitermachen“ wie bisher, doch auch dann ist es vorbei, aber die Zerstörungen der Natur bleiben irreparabel.

Apropos Artenschutz: es gehört zu den Lebenslügen der Windenergielobby und leider auch vieler Politiker und Journalisten zu behaupten, die "Klimarettung" werde durch "übertriebenen" Artenschutz ausgebremst. Es wird sogar behauptet, Leute wie wir würden den Artenschutz nur vorgeben, um in Wirklichkeit die "Energiewende" - was immer das genau sein soll - zu verhindern. Da werden gerne Verdächtigungen gestreut, wie z.B. wir seien in Wirklichkeit Apologeten der Atomindustrie oder zumindest Anhänger der AfD - "verleumde nur kräftig, etwas bleibt immer hängen" scheint hier das Motto zu sein. Dabei gilt nicht einmal die einfache Umkehrung dieser Behauptung, denn die Energiegewinnung aus Wind ist mitnichten klimarettend - siehe oben - aber sehr wohl eine ständige tödliche Gefahr für viele Arten.

Statt sich mit der Problematik auseinanderzusetzen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, ist es für unsere Führungskräfte deshalb einfacher, bei der seit über zwanzig Jahren eingeübten Methode zu verbleiben: zu viel produzierten Wind- und Sonnenstrom nehmen uns unsere Nachbarn gegen Entgelt ab und wenn wir zu wenig davon haben, dann versorgen uns diese - selbstverständlich wieder gegen Entgelt - mit ihrem Atom- oder Kohlestrom. Die einzige CO₂-freie Ausnahme bei diesem Verfahren stellt Österreich dar: zuerst bekommt das Land Geld für die Abnahme des Überschussstroms, füllt damit seine Pumpspeicherwerke und verkauft uns anschließend bei Bedarf den damit erzeugten Strom - ein beneidenswertes Geschäftsmodell!

Das Geschäftsmodell „Erneuerbare Energien“ ist allerdings auch für die in Deutschland tätigen Wind- und Solarfirmen eine Goldgrube. Einschlägige Gesetze und Verfahrensweisen sorgen dafür, dass sie dabei weder bedeutende bauliche noch finanzielle Risiken eingehen müssen. Das Ganze funktioniert aber nur deshalb so gut, weil der Staat sowohl die Ausbauziele vorgibt, als auch gleichzeitig für eine fast hundertprozentige Gewinngarantie sorgt. Es handelt sich also um eine für die Akteure gelungene Symbiose zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft. Die dabei erzielten Gewinne waren im vergangenen Jahr besonders hoch - trotzdem jammern die einschlägigen Firmen ständig, dass die "Energiewende ausgebremst" werde. Es ist ein Jammern auf sehr hohem Niveau.

An dieser Stelle kommen wir ins Spiel und fragen, wozu das alles gut sein soll. Für die beteiligten Firmen und Landeigentümer ist die Antwort klar. Aber wie steht es mit den Vielen, die nicht davon profitieren, dagegen aber alle nachteiligen Folgen ertragen müssen? Ihre Gesundheit und die der Tiere ist bedroht, die Landschaft in der sie zu Hause sind wird zerstört, ihr Vermögen wird entwertet und sie tragen überdies noch alle Kosten dieses Großversuchs.

Politik sollte doch die Abwägung aller Interessen bedeuten und nicht nur die derjenigen, die von finanziell gut ausgestatteter Seite her agieren. Auf keinen Fall sollte eine Unterord-

nung aller Interessen unter ein einziges Prinzip stattfinden, ein Prinzip wie es zum Beispiel das politisch und ideologisch aufgeblasene Thema der „Klimaretting“ darstellt. Selbst Windenergie- und Solaranlagen sollen ja angeblich zur CO₂-Reduktion maßgeblich beitragen und das sogar, obwohl ihr Betrieb ohne die das Netz stabilisierenden konventionellen Kraftwerke überhaupt nicht möglich ist - dies ist keine persönliche Meinung sondern eine technische Notwendigkeit, die allerdings gerne verschwiegen wird.

Wenn dann noch die Pläne zur Abschaffung von Kern- und Kohlekraftwerken realisiert werden, bleiben nur noch CO₂-erzeugende Gaskraftwerke übrig, um uns vor einem Dauer-Blackout zu bewahren.

Über so viel Torheit machen sich die meisten unserer europäischen Nachbarn lustig.

Die gegenwärtige durch eine Pandemie herbeigeführte Situation zeigt deutlich, dass es auch anders gehen könnte. Die von unseren Regierungen verordneten Beschränkungen bezüglich Personen- und Warenverkehr zeigen bereits jetzt erstaunliche Einsparungen bei den gängigen Energieträgern. Plötzlich wird die Bahn als Transporteur wiederentdeckt, Flugzeuge bleiben am Boden und Kreuzfahrtschiffe im Hafen.

Jetzt wäre es also an der Zeit, über Dinge wie z.B. einen sinnvollen Personennahverkehr in den Städten, eine Verminderung des innerdeutschen Luftverkehrs oder einen kundenfreundlichen Ausbau der Eisenbahn nachzudenken und es wäre höchste Zeit, in Mecklenburg-Vorpommern endlich einmal über die Sinnhaftigkeit des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und seine Folgen nachzudenken. Dieses Gesetz ist zwar in Berlin entstanden, ein Blick auf andere Bundesländer zeigt aber, wie anders man dort damit umgeht.

Es ist höchste Zeit darüber nachzudenken, ob das Erneuerbare-Energien-Gesetz überhaupt im Einklang mit Artikel 20 a Grundgesetz [Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen] steht.

Weshalb sind in Bayern Dinge möglich, die uns versagt bleiben? Nur wenige Kilometer südlich, in Brandenburg, wird ebenfalls anders mit der Problematik umgegangen. Auf welcher Seite steht unsere Landesregierung eigentlich? Hat sie uns aufgegeben und will uns der "Energiewende" opfern? Wir erwarten dringend von ihr eine Abkehr vom "weiter so"!

Von den Antworten auf solche Fragen wird unser Wahlverhalten im nächsten Jahr abhängen.

Und um eines noch ganz klar festzustellen: es geht uns nicht im Geringsten um eine finanzielle Beteiligung an den genannten Vorhaben wie es zum Teil von Politikern „zur Verbesserung der Akzeptanz“ vorgeschlagen wird. Wir sind nicht käuflich! Uns geht es um Lebensqualität, um echten Naturschutz, insbesondere um wirklichen Artenschutz – das heißt letztlich um die Bewahrung unserer schönen und immer noch vielfältigen Heimat.

V.i.S.d.P.: Peter Steidl, Lindenstraße 1, 19386 Neu Benthien; bi_weitblick@gmx.de

im Namen der Bürgerinitiative WEITBLICK Sehlsdorf/Granzin mit ihren Mitgliedern aus:

- Sehlsdorf, Diestelow, Grambow, Neuhoof (Ortsteile von Goldberg, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Granzin, Bahlenrade (Gemeinde Granzin, Amt Eldenburg-Lübz)
- Herzberg, Grebbin (Gemeinde Obere Warnow, Amt Parchimer Umland)

- Werder, Benthen, Neu Benthen, Tannenhof (Gemeinde Werder, Amt Eldenburg-Lübz)
- Passow, Brüz (Gemeinde Passow, Amt Eldenburg-Lübz)
- Dobbertin (Gemeinde Dobbertin, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Langenhagen (Gemeinde Techentin, Amt Goldberg-Mildenitz)
- Parchim

und im Namen der über das Aktionsbündnis "Freier Horizont" vernetzten Bürgerinitiativen und vieler betroffener Einwohner und Sympathisanten aus der Region und aus ganz Mecklenburg-Vorpommern:

- Kritzow, Benzin, Schlemmin bei Lübz (Gemeinde Kritzow, Amt Eldenburg-Lübz) und Bürgerinitiative Gegenwind Gemeinde Kritzow
- Karbow-Vietlütbe, Wilsen, Wahlstorf, Darß, Quasslin, Sandkrug, Quassliner Mühle (Gemeinde Gehlsbach, Amt Eldenburg-Lübz)
- Kreien (Gemeinde Kreien, Amt Eldenburg-Lübz)
- Ganzlin, Gnevsdorf, Klein Dammerow (Gemeinde Ganzlin, Amt Eldenburg-Lübz) und Bürgerinitiative Natur Pro Gehlsbachtal
- Crivitz, Wessin (Stadt Crivitz)
- Zapel (Gemeinde Zapel, Amt Crivitz)
- Barnin (Gemeinde Barnin, Amt Crivitz)

- Bürgerinitiative Gegen den Windpark Alt Zachun
- Bürgerinitiative "Freie Friedländer Wiese" Wilhelmsburg
- Gilbert Schulz
- Edgar Schippan (Naturschutzwart des Landkreises Ludwigslust-Parchim und Vorstandsmitglied des NABU-Regionalverbandes Parchim)
- Susanne und Manfred Moldt, Lindenstraße 13b, 19073 Wodenhof
- Bürgerinitiative Gegenwind Behrenhoff "Stopp dem unkontrollierten Windkraftausbau"



STOPPPT DIE WINDINDUSTRIE

BI WEITBLICK Sehlsdorf/Granzin

Freie
Friedländer
Wiese



B.I. 
GEGENWIND
GEMEINDE KRITZOW